

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 3. Januar 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lebensanzeigen 1 Mk., die übrigen 2 Mk.; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 1

Generalversammlung 1922

Die XI. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker findet am 3. Juli 1922 im „Volkshaus“ zu Leipzig statt.

Nach § 28 des Verbandsstatuts haben Gau, Mitgliedschaften und der Verbandsvorstand das Recht, Anträge zu stellen; einzelne Mitglieder sind nicht zugelassen; einzelnstehende Mitglieder müssen deshalb eventuelle Anträge der nächstgelegenen Mitgliedschaft oder dem Gau überweisen. Nach § 27 des Statuts muß die Veröffentlichung der auf der Generalversammlung zu behandelnden Anträge mindestens acht Wochen vorher erfolgen; demgemäß müssen die für die Generalversammlung bestimmten Anträge bis spätestens

19. April 1922

beim Verbandsvorstand eingereicht werden. Später einlaufende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

Berlin, den 1. Januar 1922.

Der Verbandsvorstand.

Neue Zeit, neue Hoffnung!

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind die Pole, um die sich an der Wende eines jeden neuen Jahres unsere Erfahrungen, Empfindungen und Hoffnungen in gleicher Reihenfolge wie immergrüner Feen winden. Gleich wie in der uns umgebenden Natur die rauhen Winterstürme Wälder und Felder, Dörfer und Städte durchfegen und die Menschen mit gewaltiger Kraft daran erinnern, daß neues Leben nur im unerbilligen Wechsel der Zeiten heranreifen kann, so auch der scheinbar nur äußerliche Wechsel unserer Zeitrechnung. Des Jahres letzte Stunde hat uns alle, ob jung oder alt, daran erinnert, daß wir wieder um ein Jahr älter geworden sind. Und wie von selbst stellt sich in unserm Denken die Überlegung ein, was brachte uns das alte, was wird uns das neue Jahr bringen?

Was uns die Vergangenheit brachte, lehrt uns die Gegenwart. Und wenn wir von dieser auf die Zukunft schließen wollen, so könnte uns daraus nur wenig Verlockendes entgegenleuchten, wenn wir nicht tiefer in die hinter uns liegende Zeit zurückblicken könnten. Wohl steht mancher von uns am Tische hitziger Hoffnungen, und geknickte Hoffnungen gibt es mehr, als wir alle wünschen. Und dennoch dürfen wir als Männer, als vorwärts- und aufwärtsringende Menschen nicht auf Trümmern oder vorzeitig verwelkten Blüten unsere Zukunftshoffnungen aufbauen. Denn wenn wir unser eignes Streben und Ringen im harten Kampf uns Dasein nicht selbst verleugnen wollen, dann werden wir neben Geschlagen doch auch Fortschritte erkennen, die beachtenswerte Keime hoffnungsvoller Genesung in sich schließen, die uns neuen Mut und neue Kraft für die Zukunft geben können.

Wohl lastet die allgemeine wirtschaftliche Not Deutschlands mit besonderer Wucht auf uns Buchdruckern. Die ungeheuren Lasten der wahnwitzigen Kriegspolitik und des daraus geborenen „Friedensvertrags“ ließen für unser Gewerbe wie für die Tarifgemeinschaft wenig Bewegungsfreiheit. Politische wie wirtschaftliche Semingungsversuche der inneren Entwicklung legten sich im vergangenen Jahre mehr als einmal lähmend auf unsere Bestrebungen, die dahin gingen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe den sich forschend erschwerenden Lebensbedingungen anzupassen. Daß die Nutznießer des alten Systems in Politik wie Wirtschaft alle Hebel in

Bewegung leihen, um ihre durch den Kriegsausgang und die Revolution verlorenen oder erschütterten Vorrechte und Machtpositionen wieder zurückzuerobieren, ist begreiflich; sie haben viel verloren und sehen die letzten Reste ihrer politischen wie wirtschaftlichen Herrschaft immer stärker bedroht. Daß diese Vorrechte und Machtverhältnisse die Wurzeln aller heutigen Not des deutschen Volkes sind, ist unsere feste Überzeugung, die durch die tägliche Erfahrung auf Schritt und Tritt bestätigt wird. Die gleiche Erkenntnis von den Anhängern der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verlangen, heißt jedoch, ihnen das Abhängen des Altes zumuten, auf dem sie sich ihr warmes Nest und ihre Klassenherrschaft aufgebaut haben. Klug handelt daher nur derjenige, der ernstlich damit rechnet, daß diese Zustände weber über Nacht durch Gewalt von Grund aus geändert werden können. Dies kann und wird nur möglich sein durch wohlüberlegte und zielbewusste Veränderung der Bedingungen dieser Herrschaftsverhältnisse, die weit weniger politischer als wirtschaftlicher Natur sind. Denn selbst die größte politische Macht wird sich nur in dem Maße dauernd durchsetzen können, als ihr die wirtschaftlichen Grundlagen dazu gegeben sind. Alle politischen Geschläge oder Erfolge der Vergangenheit sind auf dieses Abgewicht wirtschaftlicher Faktoren zurückzuführen. So wohl der Kapp-Putsch in den Märztagen vor zwei Jahren wie der mitteldeutsche Kommunistenaufland im vorigen Jahre mußten infolge ihrer viel zu schwachen wirtschaftlichen Basis unterliegen. Wie wäre es nicht nur möglich, weil die wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes, die Arbeiterschaft Deutschlands, nach wie vor stark von politischen Zugriffen durchsetzt waren als von der wirklichen Bedeutung ihrer wirtschaftlichen Kräfte. Daß beide genannten politischen Vorstöße nicht noch größeren Anheil für die deutsche Arbeiterschaft nach sich gezogen haben, ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß innerhalb der organisierten deutschen Arbeiterschaft trotz aller parteipolitischen Zerrissenheit doch so viel wirtschaftliche Schwerkraft vorhanden ist, daß gegen Stöße von rechts wie von links das Gleichgewicht gehalten werden konnte. Der Kapp-Putsch mußte zusammenbrechen, weil die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands sich ihm geschloffen entgegenstellte; der mitteldeutsche Kommunistenaufland mußte scheitern, weil er über Wollen und Können der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft hinausging und daher von ihr nicht getragen werden konnte. Der Kapp-Putsch zeigte die wirtschaftliche Macht der deutschen Arbeiterschaft und die geistige Armut ihrer Gegner vor zwei Jahren, der mitteldeutsche Kommunistenaufland zeigte dagegen die Gefahren parteipolitischer Kurzsichtigkeit und die Unzulänglichkeit politischer Tribünekräfte für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft überhaupt. Sie gaben dem deutschen Unternehmertum und allen seinen Trabanten neue Hoffnung für Wiedereroberung ihrer ehemaligen Macht und Herrschaft über die deutsche Arbeiterschaft.

An der Schwelle des neuen Jahres steht nun die begründete Aussicht auf allmähliche Lockerung der unmenslichen Friedensvertragsbedingungen für Deutschland. Möglichkeiten einer Gesundung der deutschen Volkswirtschaft sind dadurch wesentlich nähergerückt. Leider werden diese Aussichten aber dadurch getrübt, daß diese Gesundung innerhalb Deutschlands durch Befestigung des Rechtsfundaments, der wohlvollsten noch verbliebenen wirtschaftlichen Errungenschaft der Revolution für die Arbeiterschaft, erhalten werden soll. Außerdem trachten die Unternehmerverbände danach, noch manche andre Teile des neuzeitlichen Arbeitsrechts in ihrem Sinne rückwärts zu revidieren. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft heißt es also im kommenden Jahre doppelt wachsam zu sein, ihre Kräfte zu sammeln und vor jeder Zerpfitterung zu bewahren. Erstreckterweise hat jedoch das abgelaufene Jahr die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung wieder deutlicher als früher hervortreten lassen. Das Verlangen nach Einigkeit, auf Ausmergung parteipolitischer Prinzipienreiterei, hat mehr und mehr an Boden gewonnen. Und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß im neuen Jahre dieser Gesundungs-

prozess gewerkschaftlicher Erkenntnis nicht nur durch äußeren Druck, sondern durch Vertiefung innerer Erkenntnis des fast unerschöpflichen Wertes gewerkschaftlicher Geschlossenheit viel rascher vorwärtsschreiten wird als im vergangenen Jahr. Inklare und widerspruchsvolle Diskursurlenkungen haben infolge der tatsächlichen Entwicklung der Verhältnisse im Osten Europas an Erheblichkeit verloren. Die Bewertung realer Tatsachen und Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben und Produktionsprozess ist im Wachsen und verbürgt eine praktikablere Lösung der gewerkschaftlichen Kulturaufgaben im allgemeinen, hat Massen und Führer wieder einander nähergebracht und dadurch Voraussetzungen geschaffen, an die vor Jahresfrist auch in unsern Reihen leider noch nicht zu denken war.

Die Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe hat im vergangenen Jahre manch herben Stöße erlitten, hat leider mehrmals verlagert und fremder Hilfe bedurft, um der durch die sprunghafte Verteuerung der Lebenshaltungskosten ständig wachsenden Not der Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft auch nur in bescheidener Weise Rechnung zu tragen. Bei aller Anerkennung weitgehender Abhängigkeit des deutschen Buchdruckgewerbes von der gesamten Struktur der deutschen Volkswirtschaft mußte leider gesagt werden, daß in maßgebenden Kreisen der deutschen Buchdruckereibeißer die Erkenntnis und dementsprechende Berücksichtigung der großen Notlage der Arbeiterschaft fast alles zu wünschen übrig ließ. Die Tatsache, daß die Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft in der Möglichkeit geboten wurde, die Löhne nach den Vertragsverhältnissen des Buchdruckgewerbes den Verhältnissen der Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft in einwandfreier Weise zu erhöhen, während Ausgaben und Einnahmen der Arbeiterschaft durchschmittliche bis auf den letzten Pfennig zur Nachprüfung standen und noch stehen, läßt keinen andern Schluß zu, als daß auf diesem Gebiete sehr viel das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Hier wird es in Zukunft nur noch ein Entweder — oder geben. Entweder sind die Vertragsverhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe auch bei der stetigen Steigerung des Druckpreistatistis so schlecht, daß auskömmliche Löhne nicht bezahlt werden können, dann muß mit vereinten Kräften für Abhilfe gekämpft werden, oder die Vertragsverhältnisse des Gewerbes haben in entgegengekehrtem Sinne das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Ein Drittes kann es nicht geben. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein, dieses Dunkel zu erhellern.

Es fehlt nicht an zuverlässigen Voraussetzungen in dieser Richtung sowohl innerhalb der Tarifgemeinschaft als innerhalb unseres Verbandes. Wenn auch die Tarifgemeinschaft in ihrer heutigen Form noch viel zu wünschen übrig läßt, so steht doch die übergroße Mehrheit der Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft in ihrer Erhaltung und ihrem Ausbau eine Aufgabe, für die sie ihre besten Kräfte einsetzen wird. Und wenn gewisse tarifüberdrüssige Prinzipalskizze glauben, durch Austritt aus der Tarifgemeinschaft im kräftigen stehen zu können, so dürften ihnen die schlimmen Erfahrungen ihrer Kollegen in Ostpreußen in den letzten Wochen und Tagen diesen Glauben gründlich zerstreuen. Wie die Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft in mustergültiger Geschlossenheit die Tarifgemeinschaftsdefektoren zu Paaren gebracht hat, wird es sich in allen übrigen Gauen Deutschlands wiederholen, wenn es einzelne Prinzipalskizze fernerhin noch gestilten sollte, ostpreussischen Spuren zu folgen. Und diese durch die Tat bewiesene Kraft des Organisationsgedankens innerhalb der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes wird zweifellos durch die im Juli d. J. in Leipzig stattfindende Generalversammlung unseres Verbandes noch größere Stärkung erfahren. Hier wird es sich darum handeln, den von der Nürnberger Generalversammlung gelegten Keimen unserer neuzeitlichen Gewerkschaftsaufgaben eine noch bessere praktische Entfaltungsmöglichkeit aus eigener Kraft zu geben. Dies wird um so leichter möglich sein, je enger sich die Kollegen in Ostpreußen wie Provinz um das Banner des Verbandes schart und sich frei hält von persönlichen Zerpfitterungstendenzen; je mehr jeder von uns sich darauf besinnt, daß wir im Grund-

genommen alle nur das eine Ziel im Auge haben, unsere soziale und wirtschaftliche Lage im Buchdruckgewerbe zu verbessern. Gerade die Ereignisse auf tariflichem Gebiet in den letzten Wochen des abgelaufenen Jahres haben bewiesen, daß je sachlicher sich jeder Verbandskollege im Organisationsleben betätigt, desto härter die Kraft der Organisation sich geltend machen kann. Denn nur in der Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften verkörpert sich die Macht der Arbeiterschaft.

Die ständigen Anstrengungen des Unternehmertums in letzter Zeit, ihre erfüllten Machtpositionen wieder zurückzuerobieren, sind ein Beweis ihrer Furcht vor dem wachsenden Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft innerhalb der Gewerkschaften. Ihre Anwürfe gegen die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft werden an Schärfe und Rücksichtslosigkeit auch im Buchdruckgewerbe zunehmen und an das gewerkschaftliche Pflichtbewußtsein jedes einzelnen von uns die höchsten Anforderungen stellen. Hier heißt es: Alle Mann an Bord! Das Jahr 1922 wird ein Jahr der härtesten wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft sein. Es wird sich zeigen, daß der Kampf um die wirtschaftliche Macht weit wichtiger ist als jener um die politische Macht, und daß sich der Besitz der letzteren Soziallagen von selbst ergibt, wenn die Mehrheit des Volkes, die Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes, die wirtschaftliche Macht bebeherrscht. Alle politischen Kämpfe der Vergangenheit haben letzten Endes nur dazu beigetragen, die Erkenntnis der überragenden Kraft der wirtschaftlichen Macht zu verlieren. Darin liegt die Notwendigkeit, alle verfügbaren Kräfte mehr als bisher auf diesen Punkt zu konzentrieren, gleichzeitig aber auch die Verpfändung, im eigenen, wohlverstandenen Interesse alles zu vermeiden, was die tatsächliche Erregung der wirtschaftlichen Macht erschwert oder hemmt. Was wird aber nur möglich sein, wenn sich unser gemeinsames Ringen auf höchstes gegenseitiges Vertrauen stützt. Je härter sich das Vertrauen aller Kollegen in die einheitsliche Kraft des Verbandes nach innen und außen dokumentiert, desto härter wird der Einsatz und die Macht unserer Organisation gegenüber allen Widerständen, die sich unsern gewerkschaftlichen Aultraaufgaben entgegenstellen. Mit der praktischen Verwirklichung dieser Forderung wächst und reißt die Hoffnung auf bessere Zeiten, auf bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem noch äußerst entwicklungsabigen Boden unseres Gewerbes. Was sei unsere Hoffnung, die wir in den ersten Tagen des neuen Jahres aufrechten wollen, in deren Dienst wir alle unsere Kräfte stellen müssen, wenn sie in Erfüllung gehen soll!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Erfurt. In der Generalversammlung am 9. Dezember mußte unser Vorsitzender Stange in seinem Jahresbericht leider bekanntgeben, daß der größte Teil der Mitglieder nur Interesse an den Versammlungen bezeugen, wenn Steuerungsfragen auf der Tagesordnung stehen, denn im Jahresdurchschnitt waren die Versammlungen nur von rund 30 Proz. der Mitglieder besucht. Von 362 Mitgliedern arbeiten 18 außer Beruf. Einem längst gefühlten Bedürfnisse wurde mit der Errichtung eines Tarifschiedsgerichts entsprochen; auch das volle „Korr.“-Diplomatorium ist wieder eingeführt worden. Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnten im Berichtsjahre zurückblicken die Kollegen Anschütz, Grobmann, Jürgens, Dörfler, Schwarz und Walther. Am der großen Not, in die solche Kollegen kommen, wo ein Sterbefall in der Familie eintritt, zu steuern, stand ein Antrag betreffs Gründung einer Sterbeunterstützungskasse zur Beratung. Die Mittel dazu sollten durch das sogenannte Umlageverfahren aufgebracht werden. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag durch einen anderen abgelöst, der den von einem Todesfall betroffenen Mitgliedern eine größere Summe (bis 1500 Mk.) aus der Driskasse bewilligen will, weshalb der Driskassenbeitrag um 50 Pf. erhöht werden soll; die Beschlußfassung darüber bleibt der Januarversammlung vorbehalten. Die vom Verbandsvorstande vorgelegene Erhöhung des Verbandsbeitrags um 2 Mk. wurde einstimmig aufgegeben. Mit Rücksicht auf das im Jahre 1923 stattfindende 40. Stiftungsfest soll das nächste ausfallen und dafür eine Druckschonung angestrebt werden. Schließlich rief noch die unverkäufte Papierpreiserhöhung eine längere Debatte hervor, die die Annahme folgender Entschlüsse zeitigte: „Die am 9. Dezember abgehaltene Generalversammlung des Ortsvereins Erfurt erwartet vom Verbandsvorstande, daß er sofort Schritte bei den Reichsbehörden einleitet und sie auffordert, der ungebührlichen Verteuerung des Zeitungspapiers Einhalt zu gebieten, um dem sonst sicher kommenden Zusammenbrüche des Zeitungsgewerbes und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe vorzubeugen. Auf schnellstem Wege sind Maßnahmen von Reichs wegen erforderlich, die das Verschleiben deutschen Zeitungspapiers ins Ausland verbieten.“

Kolberg. Die Firma Viktor Burmann, die in den letzten Jahren ständig das Tarifschiedsgericht beschäftigte, ist endlich aus der Liste der tariffreien Firmen gestrichen worden. Unsere beiden dort noch beschäftigten Mit-

glieder haben die Konsequenzen gezogen, indem das eine die Arbeit sofort niederlegte, während das andre seine Kündigung einreichte. Nur der Seher Paul Giesoff aus Kolberg, der uns schon anlässlich eines Streiks vor längerer Zeit in den Rücken fiel und dann seinen Austritt aus dem Verband erklärte, um einem drohenden Ausschusse wegen anderer Heldentalen vorzubeugen, bleibt Burmann treu und degradierte sich damit zum Kuli für immer. Der Genannte hat es fertiggebracht, etwa neun Kollegen, einige Redakteure, seinen Kompagnon, einige Hilfsarbeiter und etwa ein halbes Duzend Anzeigeninnen innerhalb eines Jahres auf das Pflaster zu bringen. Gegen die eingereichten Klagen beim Tarifschiedsgericht und gegen den von den Kreisvertretern beantragten Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft wußte sich der „wirklich sozialagelante Prinzipal“, wie er sich selbst bezeichnete, mit allen nur erdenklichen unfairen Mitteln zu wehren. Letzten Endes sagte er sich scheinbar den Arbeitsprüfungen, die ihre Tausende gekostet haben, um das alte Spiel von neuem zu beginnen. Verschiedenen Verbandsmitgliedern versuchte er ihre Verbandsmitgliedschaft abzuhauen, indem er ihnen die geleisteten Beiträge zurückzuerstatten versprach, um sich so willige Werkzeuge für sein unfairen Verhalten zu schaffen. Eine Sechsmalzahl steht schon seit über einem Vierteljahr, und für sein Blättchen bezieht Burmann Platten aus Berlin, um dann seinen Lesern das „Neuzeit“ vorzulegen. Alle Kollegen seien bei Anzeigenangeboten von Burmann, auch unter der Firma „Kolberger Volkszeitung“, G. m. b. H., gewarnt. Sollte Herr Burmann nach einer weiteren Aufzählung seiner Sünden gestillt, so stehen wir zu Diensten. Erwähnt mag nur noch sein, daß er kürzlich vor dem hiesigen Gewerbergerichte, trotzdem er sich einen „Freund“ als Verteidiger aus Stellen hatte kommen lassen, der mit allen möglichen und unmöglichen Angaben operierte, glänzend hineinfiel und dem klagennden Kollegen Lohn und Entschädigung für nicht gewährte Ferien zahlen muß. Wir sind entschlossen, den Kampf für unsere gerechte Sache bis zum Ende durchzuführen.

Ortsverein Kolberger Buchdrucker. (Otto Gerth.)

Leipzig. (Maschinenlehre.) In einer sehr zahlreichen (auch von auswärtig) besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung nahmen die Leipziger Maschinenlehre Stellung zu dem Ergebnis der Tarifauschussung. Neben dem Erreichten für die Allgemeinheit schätzte der Vorsitzende das Schicksal unseres Antrags eines prozentualen Maschinenlehreerhöhungs. Die geringe Erhöhung wurde als zu niedrig bezeichnet. Einstimmig wurde die Einberufung einer Vorstandskonferenz gefordert. Mit Widerspruch und Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von dem Verhalten einzelner Prinzipale, in einer Zeit beispielloser Hochkonjunktur höherentlohnte Kollegen durch billige Arbeitskräfte zu ersetzen. Wenn hierbei auch Vertreter des Schlichtungsausschusses, die jedem Rechtsempfinden Hoch zu sprechen, eine Rolle spielten, so müssen sich doch immer erst Kollegen finden, die der aufstrebenden Lohnsteigerungsabwehr der Leipziger Prinzipale Vorschub leisten. Den Schmutzhonkurrenten in den eigenen Reihen wird mehr noch als bisher auf die Finger gelesen werden. Wie in anderen Städten, wolle auch die Leipziger Maschinenlehrevereinigung für ihre zahlreichen neuen Mitglieder Fortbildungskurse für Linotypenlehre einrichten. Die Bitte um Überlassung einer Maschine an einigen Sonntagvormittagen wurde von den verschiedenen Firmen unter den wichtigsten Gründen verweigert, bis wir dann im Technikum für Buchdrucker und in der „Volkszeitung“ Unterkunft fanden, deren Leistungen wir für ihr Entgegenkommen dankten.

München. (Bezirksmaschinenmeisterverein — Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 31. Oktober wurden 40 Kollegen ausgenommen, wodurch der Verein die Zahl von 600 Mitgliedern überschritten hat. Nach Ehrung des verstorbenen Mitgliedes der Zentralkommission Paul Fischer wurden die „Vereinsmitteilungen“ erledigt. Kollege Fellner gab den Abschlußbericht vom 38. Stiftungsfest. Anschließend streifte er die Vorstandskonferenz des Bildungsverbandes in München, die manches Interessante bot. Ferner verlies er noch auf die Jungbuchdruckerversammlung und machte anschließend die Kollegen mit dem festgelegten Winterprogramm bekannt. Aber die Verhältnisse in den Maschinenfabriken, namentlich die Abergstundenleistung, wurde lebhaft debattiert. Am Schlusse wurde der Tiegelanleger „Gir“ den Kollegen zur Beurteilung über seine Brauchbarkeit vorgelegt; er fand aber keine Befürworter. — Für den 11. November sollte der Vorstand für die neugewählten Drucker eine Versammlung ausgeschrieben. Leider brachen aber diese Kollegen nicht das notwendige Interesse auf. Kollege Fellner bedauerte die Gleichgültigkeit der jungen Kollegen um so mehr, da der Verein alles aufbietet, um unsern Nachwuchs vorwärtszubringen. Nachdem uns die jüngsten Kollegen jedoch im Stiche ließen, hat der Vorstand keine Lust, die für den Winter geplanten Kurse durchzuführen. Sodann hielt Kollege Fellner einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Maschinenmeistervereine und die berufliche Weiterbildung“. Er ersuchte alle Kollegen, in ihrem eignen Interesse jede gebotene Gelegenheit zu benutzen, die ihrer Fortbildung in beruflichem Sinne dienlich. Die Maschinenmeistervereine haben es sich mit zur Aufgabe gemacht, hier helfend jederzeit bereitstehen und einzugreifen. — Die Bezirksmaschinenmeister-Versammlung in Landsbut am 13. November war von den in Betracht kommenden Orten Freiling, Landsbut und Moosburg vollständig besucht. Bezirksvorsitzender Fellner (München) gab u. a. bekannt, daß der Beitrag erhöht werden müsse, und führte die Gründe hierfür an. Die Anwesenden er-

klärten sich mit einer Erhöhung einverstanden. Darauf erstatteten die Kollegen Bericht über die Verhältnisse in ihren Druckereien. Der Bezirksvorsitzende ersuchte die Kollegen, über alle Vorkommnisse sofort schriftlich die Inzungen zu unterrichten, damit rechtzeitig nach dem Rechten gesehen werden könne und nicht wie üblich zu warten, ob es nicht von selber besser werde. Als Vertrauensleute wurden für Landsbut Kollege Brenner, für Freiling und Moosburg Kollege Fritz Jarroch aufgestellt. In einem Vortrag über „Das Wirken der Sparte und die Entwicklung unseres Berufs“ führte Kollege Fellner die Notwendigkeit des engen Zusammenklusses vor Augen. Die Anwesenden waren vollbegeistert, und es wurde nur bedauert, daß die heutigen Verhältnisse nicht mehrere derartige Zusammenkünfte im Jahre gestatten. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die nächste Bezirksversammlung in Freiling abzuhalten. — In der Vereinsversammlung am 9. Dezember gab der Vorsitzende Fellner als Prüfungsausschussmitglied nach Erledigung der „Vereinsmitteilungen“ einen Bericht über die Gehilfenprüfungen im Oktober. Das Ergebnis der Prüfung kann als gut bezeichnet werden. Es liegt nun an den jungen Gehilfen, ob sie das für den Beruf notwendige Interesse aufbringen und das nachholen, was jeder noch so notwendig braucht. Sodann gab der Vorsitzende das Rundschreiben der Zentralkommission bekannt. Die von der Zentralkommission bisher geleistete Arbeit wurde anerkannt, und es ist nur zu wünschen, daß in diesem Sinne weitergearbeitet wird. Als technische Einlage lernten wir durch das Entgegenkommen der Firma „Asbern“ den „elektrischen Walzenwärmer“ kennen. Dieser wurde uns in einem Vortrage vom Kollegen Gläler (Stuttgart) vorgeführt. Die sehr lebhaft diskutierte zeigte, daß die willkommenere Neuerung die beste Aufnahme fand. — Am 11. Dezember fand eine Rotationserversammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Auch in dieser Versammlung wurde der „elektrische Walzenwärmer“ durch Kollegen Gläler vorgeführt. Sodann wies Kollege Fellner auf die Wichtigkeit des Zusammenklusses der Rotationservereinigungen hin. Hierauf hielt Kollege Landsbuter ein Referat über „Die künstlichen Forderungen der Rotationservereinigungen“. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verlangte eine Erhöhung ihres Lohnes gleich den Maschinenlehren; ferner soll noch eine wesentliche Verbesserung in der Belegung der Rotationsmaschinen Platz greifen. Außerdem müsse den Druckern bei der erhöhten Steigerung der Produktion an den Maschinen mit der großen Verantwortung über dieselben in entsprechender Weise entgegengesehen werden. Auch die Preisänderung dürfe nicht außer acht gelassen werden. Der Vorstand wurde ersucht, diese Forderungen entsprechend auszuarbeiten und dann einer Versammlung vorzulegen. Die Münchener Rotationservereinigung, das künftig auch die süddeutschen Verhältnisse mehr Berücksichtigung finden. Es sollte noch die Erleuchtung einiger technischer Fragen. — Wiesbaden. In der außerordentlichen Versammlung am 7. Dezember wurde ein Zirkular des Verbandsvorstandes bekanntgegeben, das die Beitragserhöhung betraf. Dann streifte Kollege Jost kurz die Tarifauschussverhandlungen, soweit sie das befehete Gebiet betrafen. Die Regelung der ganzen Angelegenheit wurde bekanntlich an die Kreisämter verwiesen. Eine zu diesem Zweck einberufene Kreisamtsitzung fand am 6. Dezember in Frankfurt a. M. statt. Die Vertreter des Kreises III waren sich von vornherein darüber klar, daß eine Erhöhung vor dem Kreisamt nicht erzielt werden würde. Ihre Forderungen waren 50, 60 und 75 Mk. als besondere Zulage für das befehete Gebiet im Kreise III. Diese Forderung fanden die Prinzipale als ungeheuerlich und nicht als verhandlungsfähig. Es wurde dieserhalb im beiderseitigen Einverständnis die ganze Sache dem Tarifamt zur weiteren Behandlung überwiesen. Dem Spruche des Tarifamts wollen sich die Prinzipale fügen. Als Charakteristikum sei noch erwähnt, daß die Herren Prinzipale ein in der vorliegenden Kreisamtsitzung beschlossenes Proklamatorium mit dem 1. Dezember einstellten. Aus diesem Grunde hat jetzt der Kreis III im befehete Gebiete keine Sonderzulage mehr. In der Diskussion wies Kollege Böhler an Zahlen aus der Zeit vor dem Streik nach, daß, wenn der Lohn auch um 200 Mk. erhöht worden wäre, er doch nicht ausreichen würde, die Kollegen für vor Auf zu schützen. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Er verurteilte auch die alteitende Lohnkala, denn diese hätte erst dann Zweck, wenn der Reallohn erhöht werde. Zum Schlusse kam er noch auf die zehn Punkte des WDSB. zu sprechen. Es müßte dafür eingetreten werden, daß die Forderungen durchgedrückt würden. War bis hierher die Versammlung ohne Störung verlaufen, so änderte sich das Bild, als der Kommunist Hippold das Wort nahm, um gegen Vorstand usw. loszugehen. Er bezeichnete die ganzen Verhandlungen als Komödie. Kollege Jost wies ihn in kräftigen Worten zurecht. Darauf fand eine vom Kollegen Böhler eingeleitete Entschließung einstimmige Annahme. Sie hat folgenden Wortlaut: „Die Wiesbadener Buchdrucker erklären das neue Lohnabkommen für absolut ungenügend. Die darin enthaltenen vielen Staffelungen sind nur ein Mittel, um dem Unternehmertum gewaltige Profite zuzuschicken. Wir fordern sofortige neue Lohnverhandlungen mit dem Ziele der Angleichung des Reallohns an den Vorkriegslohn. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, daß sich der Verbandsvorstand sofort mit dem WDSB. in Verbindung setzt und Kampf mit den schärfsten Mitteln fordert für die Erfüllung der vom WDSB. aufgestellten zehn Forderungen.“ Den Schlus der Versammlung bildete die Abrechnung unseres Kassierers Juntor sowie ein Antrag, den gänzlich arbeitsunfähigen Invaliden zu der vom Verbandsvorstande bewilligten Beibehaltung von 100 Mk. noch 100 Mk. hinzuzufügen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Reichsamtliche Beleuchtung der Buchdruckerzünfte. In dem soeben erschienenen Dezemberheft der vom Statistischen Reichsamte herausgegebenen Monatschrift „Wirtschaft und Statistik“ befindet sich auf den Seiten 586 bis 588 ein besonderer Artikel über „Änderungen des deutschen Buchdruckerzünfte“. Wir begrüßen dieses amtliche Interesse für die Gestaltung unserer Lohnverhältnisse, müssen jedoch gleichzeitig feststellen, daß einzelne Schlussfolgerungen aus den tabellarischen Zusammenstellungen sowohl sachlich wie rechnerisch nicht stimmen und einer Korrektur dringend bedürftig sind. Das in der Hauptsache nur die Klasse C (Verbeiratete, über 24 Jahre) zur Grundlage der Berechnung gekommen ist, soll keine Beanstandung finden, das aber aus dieser Grundlage, soweit sogenannte Durchschnittslöhne in Frage kommen sollten, falsche Schlussfolgerungen gezogen werden, ist in Anbetracht der sonst sehr lehrreichen Übersicht bedauerlich. Wir fühlen uns daher verpflichtet, folgende Richtigstellungen an dieser Stelle der Öffentlichkeit zu übergeben: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Buchdrucker (einschließlich der Maschinenführer) zur Zeit zu den bestbezahlten gelernter Arbeitern gehören, weil nicht 85 Proz. der Buchdrucker in den Druckereien mit 20 und 25 Proz. Lokalaufschlag beschäftigt sind, wie das reichsamtliche Organ behauptet, sondern nur 64,7 Proz. aller Gehilfen, also nicht nur jener Gehilfen, die den höchsten Lohnklassen angehören; unter diesen 64,7 Proz. sind alle Altersklassen, von den Neuausgelernten bis zu den älteren Gehilfen. In Wirklichkeit fallen also höchstens 85 Proz. von 64,7 Proz. aller Gehilfen in die obersten Lohnstufen oder nur 54,9 Prozent aller Gehilfen. Die übrigen 45,1 Proz. jüngere und ältere Gehilfen drücken jedoch infolge der erheblichen Lokalaufschlags- und Altersklassenunterschiede wesentlich unter die Lohnhöhe für Verbeiratete in Klasse C bei 20 und 25 Proz. Lokalaufschlag herab. Alle diese Unterschiede in Betracht gezogen, könnte als Reichsdurchschnitt für Dezember 1921 im günstigsten Falle die Lokalaufschlagsstaffel mit 20 Proz. in Frage kommen, wenn dabei noch die Maschinenführer und alle über Minimum entlohnenden Fälle eingerechnet werden. Der Durchschnittslohnlohn ab 19. Dezember 1921 würde demnach für die Buchdrucker im ganzen Reichsgebiete mit rund 500 Mark anzunehmen sein und nicht mit 500-600 Mk. Mindestlohn, wie in „Wirtschaft und Statistik“ irrtümlicherweise behauptet wird.

Statistik des Tarifamts. Nach Mitteilung des Tarifamts sind Tausende von verlassenen Fragebogen bis heute an dasselbe nicht zurückgelangt. Das ist sehr bedauerlich und verdient ernsthaft getadelt zu werden. Es wird noch einmal an die Nachbarn, das ausschließliche Fragebogen auf das „dringendste“ abzugeben, mit dem Hinweis, daß als letzter Zufallungsfall für den 15. Januar in Betracht kommt. Die bisherige Tätigkeit der Vertrauensmänner zur Beschaffung umfassenden Materials wird seitens des Tarifamts dankbar anerkannt.

Nachkommener Beispiele. Die Buchdruckerei C. Janiszewski in Berlin gemährt, wie in den Vorjahren, auch diesmal wieder allen Betriebsangehörigen eine Weihnachtsbeihilfe, und zwar den Gehilfen 250 bzw. 200 Mk., dem weiblichen Personal 150 Mk. und den Beurlaubten 75 Mk. Auch bei der letzten Lohnveränderung bewies die Firma soziales Verständnis. — Die Kunstankstatt C. Saab, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, zahlte ihrem gesamten Personal eine Weihnachtsgratifikation, und zwar den gelernten Arbeitern 236 Mk., den Hilfsarbeitern 158 Mk. und darüber und den Lehrlingen 75 Mk. — Die Buch- und Kunstdruckerei Karl Eckardt, Berlin W 35, zahlte ihrem gesamten Personal eine Weihnachtsbeihilfe, und zwar den Gehilfen 300 Mk., dem Hilfspersonal und den Lehrlingen 150 Mk. — Als nicht nachkommener Wert muß bezeichnet werden, daß die Buchdruckerei Goebcke & Gallinek, Berlin, Potsdamer Straße 110, ihrem Personal eine Weihnachtsgratifikation von 10 Mk. bis höchstens 25 Mk. auszahlte, um so mehr, als vier Gehilfen 23-30 Jahre und im übrigen niemand unter sechs Jahren im Betriebe tätig ist. Es ist ein Sohn auf die heutige Steuerung. Dankend wurde auch die „Beihilfe“ von allen Empfängern zurückgegeben. — In Frankenthal (Pfalz) zahlte der Verleger der „Frankenthaler Zeitung“, G. V. Perron, dem weiblichen Personal eine Weihnachtsbeihilfe, und zwar den über 24 Jahre alten Gehilfen 300 Mk. und den unter 24 Jahre alten 250 Mk.; Hilfsarbeiter erhielten 150 Mk. und ebenso waren auch die Beurlaubten daran beteiligt. — Die Firma Rothchild, Behrens & Co. in Hamburg gewährt ihrem Personal (männlich wie weiblich) eine Weihnachtsgratifikation in Höhe eines Wochenlohns. — Aus Anlaß der Umwandlung der Buchdruckerei und Verlagsanstalt „Merkur“ in Gauhß bei Leipzig in eine Aktiengesellschaft wurde eine Feier veranstaltet und an alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter eine Gratifikation in Höhe bis zu 130 Mk. verteilt. — In Golsa bewilligte, wie alljährlich, die erst drei Jahre bestehende Buchdruckerei Sesse & Böcher für Gehilfen und Hilfsarbeiter Weihnachtsbeihilfen in Höhe von 50 bis 100 Mk. — Das führende demokratische Blatt Ostpreußens, die „Völkischer Zeitung“, vollendet am 1. Januar 1922 das erste Halbjahrhundert ihres Erscheinens im Besitz einer Aktiengesellschaft, an die sie das Haus Hartung feierlich abgab. Aus diesem Anlaß hat der Aufsichtsrat 100.000 Mk. zur Verteilung an die Arbeiter und Angestellten des Betriebes bereitgestellt.

Gründung einer Bezirks-Buchdruckerzünfte? Verpöft erfahren wir, daß die Buchdruckerzünfte in

in Magdeburg beim Regierungspräsidenten beantragt hat, den Bezirk dieser Innung auf den ganzen Regierungsbezirk Magdeburg auszuweiten. Die Besitzer von Buchdruckereien hatten sich nach einer amtlichen Aufforderung hierzu bis zu einem bestimmten, bereits abgelaufenen Termin in zunehmendem oder abnehmendem Sinne äußern sollen. Wir hoffen, sie haben es überwiegend in letzterem Sinne getan. Eine Buchdruckerinnung ist beilegenfalls immer ein Zeichen der Rücksichtbarkeit, von der Magdeburger wird schwerlich etwas anderes zu behaupten sein. Im Gegenteil, über gewisse Vorgänge auf dem Beurlaubtengebiete haben wir schon vor Monaten vernommen, daß es ohne die dortige Buchdruckerinnung nicht dazu gekommen wäre. Könnte nun dieser rücksichtliche Geist, der nur selbstläufig als im Unternehmerinteresse gelegen betrachtet werden kann, sich von Magdeburg aus noch weiterpflanzen, dann würde die Gesellschaft wohl bald auch auf das Tarifgebiet übergreifende Dinge erleben. Provinzoppositio (Weimar), Sondergemeinschaft (Ostpreußen), Kreiszwangsinnung (Magdeburg) usw., es ist doch nur eine Wahlverwandtschaft rückwärts gerichteter Prinzipalskreise, die heute mit diesem, morgen mit jenem Ausdrucksittel gegen die Tarifgemeinschaft operiert, weil diese mit ihrem einseitigen Herrentum aufgeräumt hat.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer zu Flensburg befanden die Kollegen Oskar Gärtner und Alex Herz die Meisterprüfung mit Erfolg. Das Arbeitsnachweisgesetz im Reichswirtschaftsrate. Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes ist im Reichswirtschaftsrat mit geringer Mehrheit angenommen worden. Die freigewirtschaftlich organisierten Arbeitgeber lehnten den Entwurf in der Hauptsache deswegen ab, weil die Einbeziehung der kaufmännischen Angestellten in das Gesetz nicht erzielt wurde. Die nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise von Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden nach dem Gesetz auf die Arbeitsnachweisämter übergeführt. Gemäß einem Antrage der Arbeitgeber werden die Arbeitsnachweise nicht obligatorischen, sondern fakultativen Charakter tragen. Im übrigen wird noch im Reichstagsauschuss und schließlich im Reichstagsplenum das letzte Wort gesprochen werden.

Die Internationale Arbeitsorganisation. Das Berliner Bureau des Internationalen Arbeitsamts in Genf teilt mit, daß die Satzungen und Geschäftsordnungen der Internationalen Arbeitsorganisation nunmehr in deutscher Sprache erschienen sind: Einleitend enthält das Buch Teil XIII der Friedensverträge von Versailles und Trianon bzw. Teil XII des Vertrags von Neuilly betreffend die Schaffung einer internationalen Arbeitsorganisation auf Grund einer sozialen Gerechtigkeit zur Begründung des Weltfriedens. Die wachsende Bedeutung des Internationalen Arbeitsamts erfordert eine eingehende Betrachtung aller Sozialpolitiken mit dieser Materie, und insbesondere mit den Aufgaben und dem Aufbau der Internationalen Arbeitsorganisation.

Rückkehr zur Zwangswirtschaft ausgeschlossen? In der Tagespresse ist kürzlich ein anscheinend offiziöser Bericht über eine Verhandlung im preussischen Ministerium des Innern erschienen, die sich mit der Ernährungsfrage beschäftigte. Es heißt darin u. a., es habe Abereinstimmung darüber bestanden, daß nach den krisenwirtschaftlichen Erfahrungen von der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft eine Besserung der Lage nicht zu erwarten sein würde. Hierzu ist richtigzustellen, daß diese angebliche Abereinstimmung nicht bestanden hat. Im Gegenteil haben die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sehr stark betont, daß, wenn die Dinge sich so weiter entwickeln, wie es jetzt der Fall ist, der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft sehr ernsthaft nähergetreten werden müsse, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens, weil nach den amtlichen Feststellungen die Verteilung der Kartoffeln fast vollkommen verlag habe, und weil selbst die Maßnahmen, die das Reichsernährungsministerium zum Zweck einer behelferischen Begrenzung der wucherischen Marktpreise getroffen hat, wiederum nur dazu geführt haben, daß die bisherigen Wucherpreise zu legalen Preisen zu werden drohen.

Für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Mit Wirkung ab 1. Oktober sind neue Steuerzuschüsse festgelegt für über 50 bis 80 Proz. Erwerbsunfähige 90 Mk., für über 80 Proz. 130 Mk., dazu für jedes Kind monatlich 30 Mk. Witwen erhalten 80, Halbwaisen 40, Vollwaisen 50 und Kriegsersten je 50 Mk. durch die amtlichen Fürsorgestellen (nicht die Post). Der Anspruch erlischt, wenn irgendwelches Einkommen die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung um ein Drittel übersteigt und wenn die Empfangsberechtigten aufgestellt sind. Bezüglich der Verbesserungsanträge zum Reichsverorgungs-gesetz ist zu bemerken, daß zunächst solche Anträge erörtert und erledigt werden, die nicht eine grundsätzliche Änderung des Gesetzes, sondern nur die Befreiung offenerer Särfen verlangen. Zu den Richtlinien für Selbstbehandlung, die vor der Festlegung stehen, ist vom Reichsbund beantragt worden, keine Überweisung an die Armenpflege darin vorzusehen, wenn auch die Kommunen zur Entlastung der sozialen Fürsorge mit beitragen sollen. Nach entsprechenden Schriften des Reichsbundes soll auch die Umanerkennung der Renten, die durch das neue Reichsverorgungsgesetz notwendig geworden ist, sehr beschleunigt werden, indem damit neben der Hauptverorgungsämtern auch die Versorgungsämter beauftragt werden sind. Die Auslegung für Kriegsbeschädigte wird oft nach vorheriger Anfrage beim Arbeitgeber mit dem Hinweis verweigert, die Ausführung der Arbeiten an den Maschinen bedinge keine besonderen Kenntnisse und Fertigkeiten. Schon um unnötige Verletzungen zu vermeiden, ist eine entsprechende Auskunfterteilung des Arbeitgebers not-

wendig. Auf die Erleichterungen (Steuererlass usw.), die Kriegsbeschädigten bei Anstellungen gewährt werden, sei gleichfalls aufmerksam gemacht.

Schundbücher auf dem Schellerhaufen. In einem Sonntage vor Weihnachten wurden auf dem Tempelhofer Felde in Berlin von der Neuhöllner Jugend 30.000 Exemplare von Schundliteratur bei vielen Zuschauern verbrannt. Der in Neuhölln systematisch gegen die Schundbücher geführte Kampf ist zu begrüßen. Der Vernichtungsprozess hätte aber doch wohl anders vor sich gehen können. Wenn die 30.000 minderwertigen Schriften an eine Papierfabrik zum Einstampfen abgeliefert worden wären, würde damit der Herstellung von Papier für den guten Bücherdruck geboten sein.

Die höheren Beamtengehälter durch das neue Orisklassengesetz. Das neue Orisklassenverzeichnis, das mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1920 am 15. Dezember im Reichstag angenommen wurde, ist ein Kompromiß zwischen der Reichsregierung und den großen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Beamten. Es gilt auch für die Beamten der Länder und Gemeinden. Die Zustimmung durch den Reichstag erfolgte vorüberwiegend der nachträglichen Richtigstellung vieler Unstimmigkeiten im Verzeichnis, die bis 1. März 1922 beendet sein soll; die Neuauflistung des Orisklassenverzeichnisses muß bis zum 1. April 1925 durchgeführt sein. Die Regierung läßt aber durchblicken, daß es sich nur um die Befreiung „wirklicher Särfen“ handeln kann. Durch das neue Gesetz werden umfangreiche Höherbeförderungen vorgenommen und demgemäß höhere Gehälter ausbezahlt. Etwa 1700 Orte kommen in Betracht; woran Sachsen einen großen Anteil hat. Die Nachzahlungen, die sich daraus ergeben, sind sehr beträchtlich. Sie betragen schon bei hunderttausend Beamten bis 1. April 1922 bei Hebung um eine Orisklasse allein etwa 1500 Mk., bei mehreren Orisklassen dementsprechend mehr.

Steuerfreie Nachbienstzulagen. Der Reichsfinanzminister hat kürzlich verfügt, daß Nachbienstzulagen von Postbeamten nicht der Einkommensteuer unterliegen, da sie als Entschädigung für Mehrkosten der Ernährung im Nachdienste gewährt werden und es sich nur um eine Aufwandsentschädigung handelt. An der Arbeiterschaft liegt es nun, auch ihrerseits darauf zu dringen, daß namentlich die Nachbienstzulagen nicht versteuert werden. Denn es ist selbstverständlich, daß bei ihr ebenso wie bei den Beamten die Mehr- oder Nacharbeit einen erhöhten Nahrungsaufwand erfordert. Das müßte auch der Minister wissen und sollte demgemäß handeln, ohne daß er dazu veranlaßt wird. Oder soll etwa mit zweierlei Maß gemessen werden?

Zulassung von Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Im Reichstago kam kürzlich der Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung des Frauenwahlrechts an die Frauen bei den Kaufmannsgerichten zur Erledigung. Die damit in Aussicht gestellte Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, die den Frauen die Schöffenfähigkeit zuerkennt, erfolgt in kürzester Frist. Auch den Änderungen des Gewerbegerichtsgesetzes wurde zugestimmt. Und zwar soll die Zuständigkeit nicht mehr an den Jahresverdienst von 30.000 Mk. gebunden sein. Zum Mitalde eines Gewerbegerichts kann nur berufen werden, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. Rechtsanwältin sind als Prozeßvollmächtigte oder als Beistand nicht zugelassen, dagegen Vertreter von Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitern, insbesondere Gewerkschaftsbeamte. Danach können in Zukunft auch Frauen zu Mitgliedern der Gewerbe- und der Kaufmannsgerichte gewählt werden. Die Rechtsanwältin, die hinsichtlich der Vertretung durch Gewerkschaftsbeamte oder Parteisekretäre bisher bestand, ist durch diese Bestimmung beseitigt worden. Mit Rücksicht auf die Geldentwertung ist auch eine mögliche Heraushebung der Gebühren bei beiden Gerichten vorgezogen.

Eine deutsche Buchausstellung in Holland. Anfang Januar wird im Kunsthaule Akenkamp in Haag eine repräsentative Ausstellung „Das deutsche Buch“ eröffnet, die ein Werk der deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel in Leipzig ist. Die künstlerische Regie hat Prof. Walter Diermann, der jetzige Direktor der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig, übernommen.

Internationaler Büchermarkt in Florenz. Im Frühjahr 1922 wird in Florenz ein internationaler Büchermarkt eröffnet werden. Das Buch soll in jeder Hinsicht als der stärkste und schnellste Verbreiter der Kultur der Menschheit, ja sogar als das sicherste Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft und als das dauerndste Zeugnis der heutigen Kultur für die Zukunft gesetzt werden. Angehoben werden noch Ausstellungen der Buchhändler, der Photographen, der Plakatkünstler, der Volkskundler, der Techniker der graphischen Künste. Ob die Vorbereitungen bis Ostern durchgeführt werden können, steht noch nicht fest. Dem deutschen Buchhandel ist volle Parität zugesichert.

Verschiedene Eingänge

„Erziehung im Gemeinshaftsgesetz.“ Von Dr. Anna Stenzen. (Sammlung „Gemeinshaftskultur“.) Die allgemeinverständlich geschriebenen Erziehungsentwürfe zeigen, wie unser ganzes geistiges und wirtschaftliches Sein einer Beziehung zum wachsenden Gemeinshaftsgesetz bedarf, wenn wir zu einer höheren Kulturstufe gelangen wollen. Eine amerikanische Pädagogin schildert die Schäden unseres heutigen Erziehungswesens und zeigt die Wege, die zu einer neuen Erziehung mit besseren Resultaten führen. Preis brosch. 5 Mk., hart. 7 Mk. Herausgeber: Dr. Westphal. Verlag Ernst Heinrich Moritz (Sohn, Franz Millebach), Stuttgart.

